

Altes und Neues zu Weihnachten



Klassiker dominieren das Programm im TV: „Michel“, „Drei Nüsse für Aschenbrödel“ und „Der kleine Lord“ sollen die Zeit bis zur Bescherung verkürzen. ARD und

ZDF präsentieren aber an den Feiertagen auch neue Märchenverfilmungen. Magisch ist am 24. Dezember „Die weiße Schlange“ im ZDF; das Erste zeigt als Neu-

verfilmung „Nussknacker und Mäusekönig“ – eine Produktion von Radio Bremen und RBB, sowie „Die Salzprinzessin“ am ersten Weihnachtsfeiertag. DPA-FOTO: DPA

Kennen Sie sich mit den klassischen Weihnachtsfilmen aus? Testen Sie Ihr Wissen. Scannen Sie das Bild.

Suche nach Opfern von Fährnglück

Jakarta. Mit Helikoptern und Booten haben Rettungskräfte vor der Küste Indonesiens die Suche nach 76 Schiffbrüchigen fortgesetzt. Mindestens 39 Menschen überlebten das Fährnglück vor der Insel Sulawesi, wie die Katastrophenschutzbehörde am Montag mitteilte. Drei konnten demnach nur tot geborgen werden. Hohe Wellen erschwerten die Rettungsarbeiten. Demnach waren drei Suchschiffe und zwei Helikopter im Einsatz. In einem Krisenzentrum in Siwa im Südosten der Insel, wo die Fähre hätte ankommen sollen, wurden Passagierlisten ausgehängt. Davor versammelten sich weinende Angehörige.

Das Schiff war am Sonnabend mit 118 Menschen an Bord aus dem Hafen von Kolaka im Norden Sulawesis ausgelaufen. Dann sei das Wetter jedoch umgeschlagen und die See sehr stürmisch geworden, berichtete die „Jakarta Post“. Der Kapitän habe noch einen Notruf abgesetzt, zitierte die Zeitung den Chef der Hafenbehörde, Andi Lani Salihat. „Sie haben ein Rettungsboot angefordert, nachdem die Wellen eine Höhe von sechs Metern erreicht hatten.“

Am Montag erklärte die Katastrophenschutzbehörde, noch gebe es Hoffnung, weitere Überlebende zu finden. Helfer retteten zwei Schiffbrüchige, die stundenlang im Wasser getrieben waren, wie die Nachrichtenseite „Kompas.com“ berichtete. Zudem sei auf dem Wasser ein unbemanntes Schlauchboot gefunden worden, hieß es. Unbestätigten Berichten zufolge sollen weitere Überlebende an Land gespült worden sein – die Behörden wollten dies überprüfen. DPA

Besserer Schutz für Löwen

Nach Abschuss von „Cecil“ führen die USA neue Regeln für gefährdete Arten ein

VON THOMAS SPANG

Washington. Als der amerikanische Großwildjäger Walter Palmer das Prachtexemplar mit der schwarzen Mähne in Simbabwe erlegte, konnte er seine Hände in Unschuld waschen. Mindestens in rechtlicher Hinsicht. Der Zahnarzt aus Minnesota brachte den dreizehnjährigen „Cecil“ außerhalb eines Schutzgebiets mit einer gültigen Lizenz zur Strecke, die ihm die Jagd erlaubte.

Damit könnte nach einer Entscheidung der amerikanischen Naturschutzbehörde „U.S. Fish and Wildlife Service“ nun Schluss sein. Diese erklärte zwei Löwenarten in Indien sowie in West- und Zentralafrika als vom Aussterben bedroht. Gleichzeitig erließ die Behörde neue Regeln für „gefährdete“ Bestände andernorts. Dazu gehören auch Ost- und Südafrika, das über die größten Löwenpopulationen verfügt.

Nach dem neuen Verfahren müssen Trophäenjäger nicht nur gültige Lizenzen vorweisen können, sondern auch einen Nachweis führen, dass die Staaten über ein „wissenschaftlich gesichertes Managementprogramm zum Wohl der Arten in der Wildnis verfügen“. Wer diese Nachweise nicht erbringen kann, darf künftig keine Teile erlegter Tiere mehr in die USA einführen.

Experten sehen darin eine Umkehr der Beweislast. Großwildjäger Palmer hätte unter den neuen Regeln beispielsweise zeigen müssen, dass „Cecil's“ Tod für den Fortbestand der Population wichtig gewe-

sen wäre. „Das ist eine sehr hohe Hürde“, lobt Teresa Teleck von der Tierschutzorganisation „Humane Society International“. Sie werde die Einfuhr von Trophäen künftig erheblich erschweren.

Während die USA die Großwildjagd damit nicht stoppen können, tragen sie viel zum Artenschutz bei. Schließlich kommen von hier die meisten Jäger, die nach einer Statistik des „International Fund for Animal Welfare“ weltweit für fast zwei von drei Löwen-Trophäen verantwortlich sind. Über die vergangenen zehn Jahre führten Amerikaner legal 5647 Löwenterteile in die USA ein. Die Dunkelziffer könnte weitaus höher liegen.

Die beiden Organisationen „Humane Society International“ und der „International Fund for Animal Welfare“ haben bereits vor fünf Jahren auf die Änderung der Re-

geln für die Löwenjagd gedrängt. Dass die Naturschutzbehörde jetzt handelt, ist in erster Linie eine Konsequenz aus einer neuen internationalen Studie aus dem Sommer.

Die Forscher der „International Union for the Conservation of Nature“ warnten darin vor einem drastischen Rückgang der Raubkatzen-Bestände in Afrika. Dort sei die Population im zurückliegenden Jahrzehnt um 60 Prozent gesunken. Gleichzeitig seien die natürlichen Habitate auf acht Prozent zusammengeschrumpft. Die Zahl der Löwen wird auf zwischen 20000 und 30000 geschätzt.

Der Direktor des Schutz-Fonds, Jeff Flocken, meint, diese Entwicklung sei in erster Linie die Motivation gewesen, jetzt etwas zu tun. „Die öffentliche Empörung über den Tod „Cecil's“ hat ihren Teil dazu beigetragen“.



Wütende Tierschützer protestierten vor der Praxis des Schützen, der „Cecil“ abgeschossen hatte. In Zukunft soll es deutlich höhere Hürden bei der Abschussgenehmigung geben. FOTO: ACTION PRESS

LESERMEINUNG

Zum Kommentar „Wie eine Weihnachtsfeier mit Pegida“ vom 18. Dezember:

An den Pranger gestellt

Mich empört, dass der WESER-KURIER und die Bremer Nachrichten diffamierende Artikel schreiben lassen und ungeprüft veröffentlichen, ohne die mit Absicht und ohne Grund beschuldigten Personen um eine Stellungnahme zu bitten. Matthias Güldner lässt ja keine Gelegenheit aus, sich öffentlich in Erinnerung zu bringen. Ob er Dritte damit unberechtigt – und ich denke ebenso erfolglos – an den Pranger zu stellen versucht, scheint ihm nicht zu stören. Das wurde schon nach der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft deutlich, als er die Spitzenkandidatin der Grünen zum Rücktritt zwingen wollte, ohne die das Wahlergebnis seiner Partei noch katastrophaler ausgefallen wäre.

Wenn ich zu einem Geburtstag eingeladen werde, habe ich bisher meine Teilnahme nicht von der Überreichung und Überprüfung der vollständigen Gästeliste abhängig gemacht. Dem zitierten Rechtsradikalen bin ich auf der Geburtstagsfeier nicht begegnet, auch wenn er eingeladen und anwesend gewesen sein sollte. Dafür aber einem angesehenen bremischen Journalisten, der mit einem köstlichen Beitrag die Gästeschar begeisterte.

Auch Herr Güldner hat sicher ganz bewusst (oder auch zwangsläufig) schon an Empfängen teilgenommen, auf denen zum

Beispiel Mitglieder rechtsradikaler Parteien oder Wählergemeinschaften, weil in der Bremischen Bürgerschaft vertreten, anwesend waren. Nicht zu vergessen ist, dass die Grünen zu Beginn ihres politischen Wirkens auch ein Sammelbecken von begeisterten Anhängern kommunistischer Diktaturen waren, ausgewiesen zum Beispiel durch die Mitgliedschaft im KBW. Einige



Matthias Güldners Äußerungen sorgen für Kritik. FOTO: CHRISTINA KUHAUPT

davon haben ihre Karriereziele konsequent durchgesetzt und sind bis in höchste Staatsämter gelangt.

Von Herrn Güldner ist nicht bekannt, dass er sich von diesen Personen und/oder ihren früher propagierten Zielen öffentlich oder intern distanziert hätte.

KLAUS WEDEMEIER, BREMEN

Der Grünen-Politiker Matthias Güldner hatte Alt-Bürgermeister Klaus Wedemeier in einem Gastbeitrag kritisiert, weil dieser an einer Feier teilgenommen hat, bei der auch der rechtsextreme Autor Bernd Rabehl zugegen war. Der Text war als Meinungsäußerung kenntlich gemacht. Die ihm zugrunde liegenden Fakten hatte die Redaktion geprüft.

Unglaublich

Als WESER-KURIER-Leser fiel mir folgendes Zitat von Unbekannt ein: „Kein Blatt vor den Mund nehmen. Sich unumwunden äußern. Im 16. Jht. hielt man sich bei peinlichen Äußerungen ein Blatt Papier vor den Mund.“ Das habe ich zwar nicht getan, aber nachgedacht habe ich trotzdem! Wollen Sie, Herr Güldner, mit diesem Beitrag Herrn Wedemeier und Herrn Weber vorschreiben, welche Einladung zum Geburtstag sie annehmen dürfen? Das wäre ja unglaublich. An einen Grundsatz möchte ich Sie deshalb auf jeden Fall noch erinnern: Die Würde des Menschen ist nicht verhandelbar ... HANS-ULRICH JANETZKI, BREMEN

Zum Artikel „Bundestag stoppt Afghanistan-Abzug“ vom 18. Dezember:

Nur ein Vorwand

Die Bundeswehr war nun wirklich lange genug am Hindukusch stationiert. Die „angespannte Sicherheitslage“ ist vermutlich nur ein Vorwand, um die Präsenz der Truppe zu rechtfertigen. Heute sollen die Soldaten angeblich nur als „Berater“ fungieren. Bis Ende 2016 wurde deren Einsatz verlängert. Viele Menschen sehen dem neuerlichen Einsatz mit großem Misstrauen entgegen. WIELAND VON HODENBERG, BREMEN

Zum Artikel „Wirtschaftsverbände gegen Klimapflichten“ vom 14. Dezember:

Unbelehrbar

Kaum atmen viele Menschen nach den Kompromissen des Klimagipfels von 195 Staaten auf, schon blasen Wirtschaftsteile aus Deutschland zum Krieg dagegen. Sie schicken einen Vorbeter der chemischen Industrie, Herrn Tillmann, und den Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau in den Ring.

Die industrielle Wirtschaft ist Hauptverursacher von Umweltzerstörung, Ressourcenverschwendung und Gefährdung der Gesundheit von Millionen von Menschen, und schon spielt sie sich wieder als Haupt-

Eifersuchtsdrama mit drei Toten

Bluttat in fränkischer Vorstadt-Idylle

VON KATHRIN ZEILMANN

Bayreuth. Am Montagmorgen erinnert nichts mehr an die Bluttat der Nacht. Die Polizei hat sämtliche Spuren schon beseitigt. Zwölf Stunden zuvor hat sich hier in der oberfränkischen Stadt Bayreuth wohl ein Eifersuchtsdrama abgespielt: Drei Menschen sterben durch Schüsse. Ein 41-Jähriger aus dem Landkreis Bayreuth hat nach Erkenntnissen von Polizei und Staatsanwaltschaft seine 33 Jahre alte Ex-Freundin und ihren Vater (65) erschossen. Den neuen Freund seiner ehemaligen Partnerin verletzte er schwer. Danach soll sich der 41-Jährige selbst erschossen haben. Die mutmaßliche Tatwaffe – eine am Tatort sichergestellte Pistole – hat er legal besessen, er war Jäger. St. Johannis ist ein gutbürgerlicher Stadtteil mit vielen Einfamilienhäusern und gepflegten Vorgärten, noch dörflich geprägt und vom Bayreuther Stadtkern durch die Autobahn 9 getrennt. Es ist nicht weit zur berühmten barocken Parkanlage Eremitage. Die Straße des Tatorts kann man zwar nicht als Nobelviertel bezeichnen, aber es ist schon eine bessere Wohngegend.

Hier kennt man sich noch, lebt teilweise schon seit Jahrzehnten Tür an Tür. „Ich bin sehr geschockt“, sagt ein älterer Mann. Er wohne seit 40 Jahren hier. „Man muss das jetzt erst alles einmal erfassen.“ Eine andere Passantin winkt ab, eilt mit ihrem Regenschirm in der Hand weiter: „Das ist eine Tragödie.“ Die Rolläden sind am Vormittag heruntergezogen. Ansonsten herrscht der Eindruck einer Vorstadt-Idylle: Weihnachtsschmuck hängt an der Haustür, die Schneeschaukel steht bereit, falls der Wintereinbruch kommt und der Gehweg geräumt werden muss. Warum die tödlichen Schüsse fielen – dazu schweigt die Polizei in der Nacht zunächst. Am Montag bestätigten sich dann die Gerüchte – es war eine Beziehungstat, wie die Polizei auf Grundlage der ersten Ermittlungen bekanntgibt. Gegen 6 Uhr am Morgen ziehen Kripo, Sprensicherung und Rechtsmediziner wieder ab. Nicht einmal ein Absperrband zeugt von der Tragödie kurz vor Weihnachten. Am späten Vormittag kommen wieder einige Polizisten, sie hören sich in der Nachbarschaft um. Die Staatsanwaltschaft hat eine Obduktion der Leichen angekündigt, auch weitere Spuren sollen noch ausgewertet werden. So weisen Fahrzeuge, die am Tatort geparkt waren, Einschüsse auf.

Lebenslange Haft nach Doppelmord

Kiel. Rund ein Jahr nach dem Mord an zwei Frauen auf einem Pferdehof in Schleswig-Holstein hat ein Gericht den 29 Jahre alten Angeklagten schuldig gesprochen und zur Höchststrafe verurteilt. Nach dem Spruch in dem Indizienprozess soll der Automechaniker lebenslang hinter Gitter – ohne Chance auf eine frühe Haftprüfung. Hintergrund des Gewaltverbrechens war demnach, dass der Mann 7900 Euro von einer der beiden Frauen für einen Transporter erhielt, diesen aber nie lieferte und das Geld nicht zurückzahlte. Der hoch verschuldete Angeklagte tötete nach Ansicht des Kieler Landgerichts die 57-jährige Hofbesitzerin und deren 83 Jahre alte Mutter zur Verdeckung einer Straftat und heimtückisch. Neben dem zweifachen Mord wurde er wegen Brandstiftung verurteilt. Die Verteidigung, die auf Freispruch mangels Beweisen plädiert hatte, will nach eigenen Angaben in Revision gehen. DPA